

Gastkommentar: Die Grenzen des Machbaren in der Krise

Spiegelkabinett der Jongleure

Von Hermann Strasser 3. März 2009, 02:32 Uhr

Die durch "Leistung aus Leidenschaft" ausgelöste Renditejagd führte nicht nur in die Finanzkrise, sondern bedroht auch das auf Vertrauen und kaufmännischen Grundsätzen beruhende Wirtschaftssystem. Wie Geld mit Währung, Tausch, Wertbeständigkeit und Sicherheit, so hat Kredit mit Glaubwürdigkeit zu tun - das genaue Gegenteil von dem, was die Finanzwirtschaft praktizierte. Nur zu gerne wird jetzt den Bürgern aufgrund ihrer gestiegenen Eigenverantwortung über Geld- und Wertpapieranlagen der Schwarze Peter zugeschoben und so das Opfer zum Täter gemacht. In Wirklichkeit hat das Denken in Optionen des nächsten Börsentages, der rasche Erfolg und die öffentliche Aufmerksamkeit zweifelhafter Ratings die Gesellschaft zur Hure des Geldes und die Bankenwelt zum Bordell gemacht.

Wenn Zielvorgaben an erster Stelle stehen, wird der Kunde nachrangig. Wenn Sichtbarkeit alles ist, wird die Realwirtschaft zum Steigerungswahn von Fusionen, Megakonzerne und babylonischen Türmen. Verantwortung heißt dann nicht mehr Rechenschaft ablegen, also zu haften und zu verbessern, sondern sich im Spiegelkabinett der Jongleure zu bewähren.

Angesichts der sich in rascher Folge ablösenden Gipfeltreffen der Regierungschefs und Finanzminister ist die Gefahr groß, dass der Ruf nach dem kollektiven Schutzschirm zur kollektiven Vergebung der Sünden führt. Dann bleibt nicht nur die Freiheit verantwortungslos, sondern auch der Steuerzahler ohne Rettungsschirm, der von den Nutznießern der Staatsgarantien, Finanzspritzen und Konjunkturpakete, nicht zuletzt den Banken, kommen müsste, wie unlängst Paul Kirchhof forderte.

Ohne Staat scheint es nicht zu gehen, denn eine wirksame Unternehmensaufsicht durch die Aufsichtsräte gibt es nicht. Schon Adam Smith sah in der normativen Infrastruktur eines sichtbaren Staates, der die Verkehrsregeln etabliert und über sie wacht, die einzige Erfolgsgarantie dafür, dass "die unsichtbare Hand des Marktes" greift und eine lebenswerte, durch Sympathie und Vertrauen geeinte Gesellschaft entsteht.

Heute praktizieren die Amerikaner jenen Staatsinterventionismus, den sie noch Anfang der 90er-Jahre verdammt. Welche Lehre wird daraus gezogen? Wohl die, dass kein Politiker den Vorwurf riskieren will, schon gar nicht in einem Superwahljahr, nichts gegen die Krise unternommen zu haben.

Vielleicht wäre mit weniger viel mehr zu erreichen, wenn man die Grenzen des Machbaren neu auslotete und erkannte, dass auch der Mangel an Knappheit ein Problem sein könne. Dann wären auch die Folgen eines weiteren Abschwungs, einer drohenden Inflation und

Währungsreform leichter zu bewältigen.

Der Autor ist Soziologe und Emeritus an der Universität Duisburg-Essen
